

Von Niklas Engelking, Johanna Apel,
Alisha Mendgen, Felix Huesmann und
Daniela Weichselgartner

Schlängeln vor dem Bürgeramt. Staus wegen gesperrter Autobahnbrücken, verspätete Züge – das Leben fühlt sich derzeit für viele wie ein einziges großes Warten an. Irgendwann entfährt es dann garantiert irgendeinem oder irgendeiner Entnervten in der Schlange: „In Deutschland funktioniert nichts mehr!“ Kommt die Infrastruktur an ihre Grenzen? Eine Bestandsaufnahme an fünf Baustellen, die die Republik beschäftigen.

Luftverkehr

Seit Tagen sitzen Alexander und Kerl Bibighaus aus den USA auf gepackten Koffern im Flughafen BER. „Am Mittwoch wären wir von Berlin über Frankfurt nach Miami geflogen – doch der Streik kam dazwischen.“ Wie ihnen geht es vielen Reisenden. Es ruckelt in der Luftfahrtbranche, und zwar gewaltig.

Laut des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) leidet die gesamte Branche, insbesondere in Europa, unter Engpässen und Personalmangel. „Besonders relevant für die Wartezeiten am Flughafen sind die personellen Engpässe bei den Bodenverkehrsdiensten“, teilt der Verband auf Anfrage mit. Das heißt: beim Bodenpersonal auf dem Rollfeld. Der Flughafenverband ADV bezifferte die Personalnot mit etwa 5500 Beschäftigten, die an den verschiedenen Standorten fehlen. Die Gewerkschaft Verdi kritisiert, dass in der Coronakrise viel zu viele Stellen abgebaut wurden.

Um Abhilfe zu schaffen, lenkte die Bundesregierung ein und will den kurzfristigen Einsatz ausländischer Hilfskräfte erleichtern. Allerdings müssen sie zunächst eine Zuverlässigkeitsprüfung durchlaufen, die etwa sechs Wochen dauern kann.

Für Familie Bibighaus aus Miami heißt es jedenfalls warten: Weil ihre zwei großen Hunde nicht in der Kabine sein dürfen, sondern im Gepäckraum mitfliegen müssen, sei die Umbuchung sehr schwierig. Den Abflug aus Berlin haben sie jetzt für den 10. August in Aussicht.

Brückenbau

Rund 500 Kilometer weiter stehen Autos und Lkw Schlange: Seit nunmehr acht Monaten staut sich der Verkehr in Lüdenscheid. Bis Dezember führte die Talbrücke Rahmede den Fernverkehr über die A45. Jetzt ist das 75 Meter hohe Bauwerk für den gesamten Verkehr gesperrt. Die Brücke ist marode, der Bund will eine neue bauen.

Mario Bredow von der Stadt Lüdenscheid: „Der aktuelle Sachstand ist, dass das so weitergeht, bis die neue Brücke steht.“ Der Jurist leitet das eigens von Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) veranlasste „Brückenbüro“, das die Probleme der Lüdenscheider regeln soll. Die Talbrücke Rahmede ist das Paradebeispiel für einen „Sanierungsstau“, mit dem der Verkehrs-

Deutschland – zum Verzweifeln?

Auf einmal scheinen einst selbstverständliche Dinge nicht mehr so recht zu funktionieren: Flughäfen, Bahnreisen, Gerichtsprozesse, Autobahnbrücken. Auch bei Digitalisierung und Cybersicherheit hapert es. Und bei den Bürgerinnen und Bürger wächst der Frust.



RND-MONTAGE, GRAFIK: WUADYSTOCK/ISTOCK

nister zu kämpfen hat. Dieser betrifft laut Wissing deutschlandweit 4000 Brücken in Bundesland. Das stellte die Autobahn GmbH fest, ein bundeseigenes Unternehmen, das den Erhalt der Autobahnen verantwortet. Vorher lag die Instandhaltung in Länderhand – und die Länder hatten entweder nicht genug Geld für die Sanierung oder sie haben die Modernisierung schleifen lassen. Wissing selbst nannte die Bilanz „nicht rosig“ und schob einen Neun-Punkte-Plan an. So sollen jährlich 400 Brücken modernisiert werden.

Bahnchaos

Frust macht sich derzeit auch auf der Schiene breit. „Bahnbashing“ – also das Lästern über die Deutsche Bahn – ist zum Trend geworden. Nicht ohne Grund, denn aktuell durchkreuzten Verspätungen und Zugausfälle

immer öfter die Reisepläne vieler Fahrgäste. Das aktuell größte Problem ist die marode Infrastruktur und daraus folgend die schiere Zahl an Baustellen – auf einem Netz, das immer mehr Züge befördern muss, aber nicht mit seinen Aufgaben mitgewachsen ist. Jede noch so kleine Störung führt zu Verspätungen.

Wissing will nun eine General-

sanierung anschieben – mit dem Ziel, ein Hochleistungsnetz zu schaffen. Konkret bedeutet das: In hoch belasteten Bahnkorridoren sollen ab 2024 Bauvorhaben gebündelt abgearbeitet werden. 2030 soll das Streckennetz deutlich robuster sein.

Auf dem Weg dahin wird es aber zu weiterem Chaos kommen. So rechnet der SPD-Ver-



Baustelle Internet: Der Schutz vor Cyberangriffen in Deutschland gilt immer noch als mangelhaft. FOTO DPA

kehrsexperte im Bundestag, Martin Kröber, mit einem deutlich längeren Modernisierungszeitraum. „Nach meiner Einschätzung wird dieser Prozess jetzt mindestens 20 Jahre dauern“, sagt der Sozialdemokrat.

Die Fahrgäste müssen Geduld beweisen: Im Fernverkehr werde es zu längeren Fahrzeiten kommen und im Nahverkehr zu Schienenersatzverkehr. Keine guten Aussichten.

Cybersicherheit

Und auch an anderer Stelle, im digitalen Raum, gleicht Deutschland noch immer einer Dauerbaustelle. Weltweit sind Hackerangriffe in den vergangenen Jahren zu einer zunehmenden Bedrohung für Verwaltungen, Unternehmen und Privatpersonen geworden. Kriminelle Gruppen machen etwa mit Angriffen Millio-nengeschäfte. Die Gefahr ist längst im öffentlichen Bewusstsein. Doch Experten stellen Deutschland regelmäßig ein schlechtes Zeugnis aus, was den Schutz vor Cyberangriffen angeht. Viele Unternehmen – auch in wichtigen Sektoren der kritischen Infrastruktur – versäumen es bis heute, mehr als das Nötigste für ihre Sicherheit zu tun.

Und auch in öffentlichen Verwaltungen besteht dringender Nachholbedarf. Welche Auswirkungen ein unzureichender Schutz vor Cyberattacken dort haben kann, zeigte der Angriff einer kriminellen Gruppe auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Juli 2021. Die Hacker verschlüsselten große Teile der Computersysteme, der Landkreis war nahezu handlungsunfähig. Noch ein Jahr nach dem Angriff waren die Folgen zu spüren. Der Landkreis hatte in den Jahren zuvor zu wenig in die Sicherheit seiner IT investiert – so wie zahlreiche andere mit chronisch leeren Kassen. Mit ihrer vor wenigen Wochen vorgestellten Cybersicherheitsagenda will Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die IT-Sicherheit verbessern.

Der IT-Sicherheitsexperte Manuel Atug von der AG Nachhalti-

ge Digitalisierung kritisiert jedoch einen verengten Blick der Politik. „Die Cybersicherheitsagenda der Bundesinnenministerin besteht leider vor allem aus mehr offensiven Befugnissen für Sicherheitsbehörden und Geheimdienste“, sagt Atug. Stattdessen müsse die Politik Cybersicherheit defensiv verstehen. „Sie kann nur dann gestärkt werden, wenn die Abwehrfähigkeit und Cyberresilienz von Verwaltungen und Unternehmen erhöht wird.“

Justiz

Längst hält der Fachkräftemangel auch in den Gerichten Einzug. Einer Recherche der deutschen Richterzeitung zufolge kamen 2021 mindestens 66 Tatverdächtige wegen rechtsstaatlich unverträglich langer Verfahren aus der U-Haft frei. Ursache sind offenbar fehlende Richter und Staatsanwälte, die die Verfahren rechtzeitig zu bearbeiten. Tatverdächtige dürfen maximal sechs Monate in U-Haft bleiben.

Das galt auch für einen Verdächtigen in NRW. Die Justiz beschuldigte ihn des schweren sexuellen Missbrauchs von Kindern. In einem Bericht des Rechtsausschusses heißt es dazu: „Die Aufhebung des Haftbefehls erfolgte den Beschlussgründen zufolge überwiegend aufgrund der Tatsache, dass das Landgericht Dortmund das Verfahren gegen den seit 21. September 2021 inhaftierten Angeklagten nicht in ausreichendem Maße gefördert hat.“ Der Deutsche Richterbund sieht das etwas anders. „Die aktuellen Fälle von U-Haftentlassungen werfen erneut ein Schlaglicht auf die hohe Arbeitsbelastung vieler Gerichte und Staatsanwaltschaften“, sagte Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn in einem Interview.

Ob in der Justiz oder Verkehr – Bund, Länder und Kommunen stehen vor gewaltigen Aufgaben. Sie müssen gemeistert werden, will Deutschland konkurrenzfähig bleiben. Doch das wird eher ein Marathon als ein Sprint. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet das: warten.

Der gescheiterte Traum von der digitalen Verwaltung

Bafög-Antrag, neuer Pass: Bis Ende 2022 sollen die Bürgerinnen und Bürger Hunderte Serviceleistungen online bei den Behörden abrufen können. Die Zwischenbilanz ist mehr als ernüchternd.

Von Niklas Engelking
und Alisha Mendgen

Berlin. Die Digitalisierung in Deutschland lahm. Wie sehr sie lahm, das zeigt der Blick auf das Onlinezugangsgesetz. Vom Bafög-Antrag bis zum neuen Personalausweis sollten bis Ende 2022 rund 600 Verwaltungsleistungen komplett digitalisiert sein, das war das Ziel. Die vernichtende Bilanz im Juli 2022: Nur 80 Angebote sind inzwischen digital verfügbar.

Deutsche Behörden sind streng hierarchisch organisiert. Und das scheint ein Kernproblem bei der Modernisierung zu sein. „Das kostet erstens viel Zeit und zweitens erfolgt auf diese Weise eine unzureichende Kommunikation zwischen den Abteilungen oder Sachgebieten, auch wenn ein Prozess mehrere Organisationseinheiten durchläuft“, weiß Thomas Meuche, Professor am Institut

für digitale Verwaltung der Hochschule Hof. Eine neue Onlineplattform könne sich aber weniger an solchen Strukturen orientieren, sondern eher an ihrem Zweck. „Damit entsteht ein Dilemma, das sich entweder durch eine Änderung der Strukturen oder ein Verbiegen der Software lösen lässt.“ Bislang entscheide man sich stets fürs „Verbiegen“. Das koste meistens mehr Geld und erhöhe das Risiko, zu scheitern.

Auch in der Bundesregierung ist das Thema Digitalisierung kompliziert. So ist Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) zwar auch Digitalminister, gleichzeitig ist er aber auch ein König ohne Reich. Er muss die Digitalpolitik mit dem Kanzleramt und

den Ressorts für Wirtschaft, Inneres und Finanzen teilen. Auch das Digitalbudget muss der FDP-Politiker mit den anderen Häusern koordinieren. Von der Forderung der FDP im Wahlkampf 2021 nach einem echten Digitalministerium ist wenig geblieben.

Einen Vorstoß machte Wissing Mitte Juli mit der vom Bundeskabinett beschlossenen Gigabitstrategie. Damit will die Ampel Maßnahmen zu einer besseren Internetabdeckung anschieben und so Deutschland wettbewerbsfähig halten.

Im Kern geht es um den Abbau bürokratischer Hürden. Im August will

Wissing dem Kabinett zudem eine umfassende Digitalstrategie vorstellen, dabei geht es unter anderem um den digitalen Identitätsnachweis von Bürgern in Behörden, ein digitales Rezept für Medikamente und auch ein Dateninstitut.

Manche aber haben offenbar einen sehr eigenen Begriff von Digitalisierung: So meldeten Kommunen in Niedersachsen und NRW, dass jeweils elf Verwaltungsleistungen komplett digital verfügbar seien. Dann fand die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft heraus: Das stimmt so nicht. Die Angebote hielten einer „näheren Prüfung der Onlinereife nicht stand“ und mussten deshalb wieder aus der Liste der digitalen Angebote entfernt werden.



Baustelle Flugverkehr: Ausgerechnet in den Sommerferien fallen Dutzende Flüge aus. Nicht nur wegen des Streiks des Bodenpersonals – sondern wegen dauerhaften massiven Personalmangels. FOTO SIMON



König ohne Reich: Verkehrsminister Wissing ist auch Digitalminister – und kommt vor lauter Abstimmungspflichten nicht weiter. FOTO DPA